

I. Anmeldung

TOP: 5.0

Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum 22.06.2017
öffentlich

Betreff:

Bürokratische Hürden bei Ferienbetreuungsangeboten

Hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2017

Anlagen:

5.1 Sachverhalt

5.2 Stellungnahme der Regierung von Mittelfranken

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Im Februar 2017 wurde von der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Antrag auf Berichterstattung bezüglich der bürokratischen Hürden bei Ferienangeboten gestellt. Hintergrund war die Platzreduzierung bei Ferienangeboten des Kinderhaus gGmbH, begründet auf der Erteilung der Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII der Regierung von Mittelfranken.

Im folgenden Bericht werden die rechtlichen Regelungen für Ferienangebote bezüglich der Betriebserlaubnispflicht nach § 45 SGB VIII und der Anwendung des BayKiBiG skizziert. Die Regierung von Mittelfranken hat in einer Stellungnahme ihre Prüfungspraxis der Ferienangebote der Kinderhaus gGmbH geschildert. Darüberhinaus werden Absprachen zum zukünftigen Vorgehen zwischen dem Referat für Jugend, Familie und Soziales, der Regierung von Mittelfranken und der Kinderhaus gGmbH dargestellt.

Abschließend werden die Auswirkungen des verminderten Angebotes an Ferienbetreuung der Kinderhaus gGmbH für das städtische Angebot 2017 abgebildet.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik:
 Leitlinie 1: Familie stärken, Erziehung unterstützen
 Leitlinie 3: Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Angebote der Ferienbetreuung richten sich an Kinder, unabhängig des Geschlechts, der Religion oder der Herkunft und sind auch für Kinder mit Behinderung geeignet.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
-
-
-

II. Herrn OBM

III. Ref. V

Nürnberg, 01.06.2017
Pröiß

(5500)